

Tätigkeitsbericht des Vorstandes des Fördervereins PRO ASYL e.V. 2009/2010



3 2009/2010 im Überblick

Die Arbeit in Deutschland

- 7 Bundestagswahl
- 7 Kinderrechtskonvention
- 8 Save me Kampagne
- 8 Aufnahme irakischer Flüchtlinge in Deutschland
- 9 Mit Diskriminierung macht man keinen Staat
- 9 Rassisten sind eine Gefahr, nicht Muslime!
- 10 Gegen Lagerzwang
- 10 Leben in der Warteschleife
- 11 Mangelhafte Asylverfahren
- 11 Abschiebungen nach Syrien
- 11 Kosovo: Keine Abschiebungen ins Elend!
- 12 Prozessbeobachtung
- 13 Einzelfallberatung
- 13 Rechtshilfe

Die europäische und internationale Arbeit

- 14 Protest gegen Italiens Völkerrechtsbruch
- 15 Internationale Rechtshilfe
- 15 Humanitäre Hilfe ist niemals ein Verbrechen
- 15 Verschiebepark Dublin II
- 16 PRO ASYL und die Europäische Kommission
- 16 Menschenrechte auf Hoher See
- 17 Direkte Hilfe in Griechenland
- 17 Schutzlose Flüchtlingskinder

PRO ASYL intern

- 18 Auszeichnungen
- 19 PRO ASYL im Netz
- 20 PRO ASYL und die Toten Hosen
- 20 STIFTUNG PRO ASYL
- 21 Menschenrechtspreis 2009 für geduldete Flüchtlinge
- 22 Einnahmen und Ausgaben
- 24 Mitgliederentwicklung

Der Tätigkeitsbericht umfasst das Jahr 2009 und schließt die Zeit bis zum 15. Juni 2010 mit ein.

Zu den Umschlagfotos:

»Überfüllte Haftanstalt Pagani auf Lesbos (Griechenland)«, © PRO ASYL
»Flüchtlingslager in Oberursel (Hessen)«, © Hessischer Flüchtlingsrat
Save Me Aktion in Berlin: »5.000 Rettungsringe zum Tag des Flüchtlings«

Die Arbeit in Deutschland

Bundestagswahl: Zur Bundestagswahl 2009 veröffentlichte PRO ASYL gemeinsam mit dem DGB und dem Interkulturellen Rat das Positionspapier »Prioritäten für die deutsche und europäische Migrations- und Flüchtlingspolitik«. Vor den Koalitionsverhandlungen initiierte PRO ASYL die E-Mail-Aktion »Jetzt (ver)handeln: Schutzschirm für Flüchtlingsrechte!«. Mehrere tausend Unterstützerinnen und Unterstützer forderten die Vorsitzenden von CDU, CSU und FDP auf, Flüchtlingsrechte im Koalitionsvertrag zu verankern.

Kinderrechtskonvention: Die Bundesregierung hat Anfang Mai 2010 die Rücknahme der Vorbehalte zur UN-Kinderrechtskonvention beschlossen. PRO ASYL hat 18 Jahre lang kontinuierlich mit Pressearbeit, Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit gefordert, diesen menschenrechtlichen Skandal zu beseitigen, und gleichzeitig viele Flüchtlingskinder in ihren Verfahren unterstützt. Nun geht es um eine zügige Anpassung der Gesetzgebung, damit Flüchtlings- und Migrantenkinder endlich die gleichen Rechte wie alle Kinder bekommen. Gemeinsam mit UNICEF, der Kindernothilfe, dem DRK und zahlreichen weiteren Partnern wurde das Positionspapier »Flüchtlingskinder in Deutschland« erstellt.

Save me Kampagne: Im Februar 2009 hat PRO ASYL eine grundlegende Broschüre mit der Forderung nach einem sogenannten Resettlementprogramm veröffentlicht. Ein breites Bündnis aus Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen konnte dafür gewonnen werden. PRO ASYL hat eine bundesweite Kampagnenseite www.save-me-kampagne.de eingerichtet und finanziert. Zahlreiche Städte haben mittlerweile Beschlüsse zur Aufnahme von Flüchtlingen verabschiedet.

Mit Diskriminierung macht man keinen Staat: Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu Hartz IV fordert PRO ASYL erneut die Abschaffung der Diskriminierung von Flüchtlingen durch das sogenannte Asylbewerberleistungsgesetz. Unter dem Motto »Mit Diskriminierung macht man keinen Staat« ruft PRO ASYL zum Tag des Flüchtlings dazu auf, die Lebensbedingungen von Flüchtlingen zu thematisieren und Veranstaltungen durchzuführen.

Gegen Lagerzwang: 80.000 Menschen in Deutschland werden gezwungen, in Lagern zu leben. Dagegen kämpft PRO ASYL und setzt sich dafür ein, langjährig in Deutschland lebenden Flüchtlingen endlich eine Perspektive zu geben. Die STIFTUNG PRO ASYL hat im September 2009 Nissrin Ali und Felleke Bahiru Kum

für ihren Einsatz gegen den Lagerzwang mit der PRO ASYL-Hand 2009 ausgezeichnet. Im Faltblatt »Man muss den Menschen sagen, wie das Leben im Lager ist« berichten Betroffene, was die zwangsweise Unterbringung für sie bedeutet.

Leben in der Warteschleife: Über eine wirksame Bleiberechtsregelung sind jahrelange Debatten geführt worden. Tausende Menschen leben seit vielen Jahren in Deutschland – ohne Chance auf ein Bleiberecht. PRO ASYL kritisierte die Ergebnisse der Innenministerkonferenz im Dezember 2009 als völlig ungenügend und forderte erneut eine umfassende gesetzliche Bleiberechtsregelung.

Mangelhafte Asylverfahren: Im April 2009 veröffentlichte PRO ASYL die umfassende Studie zur Qualität von Flughafenasylverfahren »Hastig, unfair, mangelhaft«. Bei der Untersuchung dutzender Asylfälle wurden eklatante Mängel im Verfahren aufgezeigt: Verhöre statt Anhörungen, Verstöße gegen elementare Verfahrensgrundsätze, unzureichende Aufklärung der Fluchtgründe und vieles mehr. Für bestimmte Fallkonstellationen konnten Verbesserungen erreicht werden.

Abschiebungen nach Syrien: PRO ASYL forderte im Oktober 2009 die Aussetzung des Rückübernahmeabkommens mit Syrien. Nachdem mehrere Fälle von Inhaftierungen und »Verschwinden« nach der Abschiebung nachgewiesen werden konnten, änderte das Auswärtige Amt seinen

Lagebericht zu Syrien. Dennoch wird weiterhin dorthin abgeschoben.

Kosovo: Keine Abschiebungen ins Elend: Nach einer Recherche vor Ort veröffentlichte PRO ASYL im September 2009 die Broschüre »Zur Lebenssituation von aus Deutschland abgeschobenen Roma, Ashkali und Angehörigen der Ägypter-Minderheit im Kosovo«. Vor der Frühjahrskonferenz 2010 der Innenminister protestierte PRO ASYL gemeinsam mit Prof. Dr. Christian Schwarz-Schilling gegen die Abschiebungen. Das Faltblatt »Keine Abschiebungen ins Elend« fasst die wichtigsten Forderungen zusammen.

Prozessbeobachtung: Immer wieder spielen Ärzte und medizinische Gutachter eine bedenkliche Rolle bei Abschiebungen. Im Berichtszeitraum begleitete PRO ASYL das Verfahren gegen einen Arzt, der wegen fahrlässiger Tötung eines Abschiebehäftlings angeklagt war. Da die Verletzung der ärztlichen Sorgfaltspflicht jedoch nicht als hundertprozentige Ursache des Suizids nachzuweisen sei, wurde der Arzt freigesprochen.

Einzelfallberatung: Im Jahr 2009 wurden rund 4.000 Anrufe und 2.200 schriftliche Anfragen an die Mitarbeitenden im Arbeitsbereich Einzelfallhilfe und Beratung herangetragen. In knapp der Hälfte der Anfragen ging es dabei um konkrete Fälle von Asylsuchenden und Flüchtlingen, die zum Teil eine länger währende Beratung und Begleitung erforderten.

Rechtshilfe: Im Jahr 2009 wurden in knapp 300 Fällen Flüchtlinge in ihrem asyl- oder aufenthaltsrechtlichen Verfahren aus dem Rechtshilfefonds von PRO ASYL unterstützt.

Die europäische und internationale Arbeit

Protest gegen Italiens Völkerrechtsbruch: Die italienische Küstenwache bringt seit Mai 2009 Flüchtlingsschiffe in internationalen Gewässern auf und drängt sie gewaltsam nach Libyen zurück. Allein bis Dezember 2009 wurden etwa 1.400 Bootsflüchtlinge in libysche Haftlager zurückgeschickt. PRO ASYL forderte den damaligen Vizepräsidenten der EU-Kommission umgehend in einem offenen Brief dazu auf, sich unmissverständlich zu den Verstößen Italiens gegen die Menschenrechte von Bootsflüchtlingen zu äußern und Sanktionen zu verhängen. Der Appell, diesen Völkerrechtsbruch endlich zu beenden, ging auch an alle Mitglieder des Innenausschusses des Europaparlaments.

Internationale Rechtshilfe: PRO ASYL unterstützt aus seinem Rechtshilfefonds die Klage von 24 Bootsflüchtlingen aus Somalia und Eritrea, die die italienische Küstenwache im Mai 2009 aufgegriffen und umgehend nach Libyen zurückgeschickt hat. Zum ersten Mal wird sich der Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg mit der Frage auseinandersetzen müssen, ob die Zurückschiebungspraxis ein Ver-

stoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention ist.

Humanitäre Hilfe ist niemals ein Verbrechen: Mit einer großen Solidaritätsaktion wurde die Besatzung der Cap Anamur unterstützt, die wegen der Rettung von Flüchtlingen aus Seenot angeklagt war. Durch eine Flut von Postkarten und E-Mails an das italienische Justizministerium konnte eine breite Öffentlichkeit informiert und mobilisiert werden. Ende 2009 wurden die angeklagten Lebensretter nach einem jahrelangen, quälenden Prozess freigesprochen.

Verschiebebahnhof Dublin II: Mit der Dublin II-Verordnung schieben die europäischen Staaten Flüchtlinge wie Stückgut von Land zu Land – im Zweifelsfall zurück an die Außengrenzen. Im Einsatz für einen Iraner konnte PRO ASYL dessen Abschiebung nach Griechenland durch ein Gericht rückgängig machen, nachdem er dort ohne Obdach und Zugang zu einem Asylverfahren gewesen war.

Mittlerweile haben über 250 Verwaltungsgerichte und mehrfach auch das Bundesverfassungsgericht Überstellungen nach Griechenland ausgesetzt. Die fortlaufenden Recherchen von PRO ASYL zur katastrophalen Situation von Schutzsuchenden in Griechenland haben maßgeblich dazu beigetragen, dass vielen Asylsuchenden in Deutschland und in anderen europäischen Ländern die Rücküberstellung ins Elend und die völlige Schutzlosigkeit erspart blieben.

PRO ASYL und die Europäische Kommission:

PRO ASYL hat am 10. November 2009 zusammen mit Flüchtlingsorganisationen aus den Niederlanden, Finnland und Großbritannien eine Beschwerde, so der europarechtliche Begriff, gegen Griechenland wegen der Missachtung aller zentralen europäischen Asylnormen bei der Europäischen Kommission eingereicht. Die EU-Kommission hat nun ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Griechenland eingeleitet.

Direkte Hilfe in Griechenland: Mit einem Hilfsprojekt der Stiftung und des Fördervereins PRO ASYL, das in Kooperation mit dem Deutschen Caritasverband, der UNO-Flüchtlingshilfe, der Stiftung do und Brot für die Welt finanziert wird, steht PRO ASYL besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen in Griechenland zur Seite. Das Team vor Ort setzt sich insbesondere für eine sofortige Haftentlassung von Kindern und Familien ein.

Schutzlose Flüchtlingskinder: PRO ASYL fordert im März 2010 EU-Kommission und Bundesregierung zum Handeln auf. Tausende von Flüchtlingskindern, vor allem aus Afghanistan, werden in Griechenland eingesperrt, drangsaliert und schutzlos auf die Straße gesetzt. Griechenland ist das Haupteinreiseland in die Europäische Union. In einer breit angelegten Postkartenaktion fordert PRO ASYL eine Aufnahme dieser Kinder in Deutschland und anderen EU-Staaten. Eine humanitäre Lösung muss gefunden werden.

PRO ASYL intern

Göttinger Friedenspreis: Für die Kampagne »Stopp das Sterben!«, die das Sterben an den EU-Außengrenzen thematisiert, wurde PRO ASYL im März 2010 mit dem Göttinger Friedenspreis 2010 ausgezeichnet.

PRO ASYL im Netz: PRO ASYL hat seine Präsenz im Internet durch den Relaunch der Homepage www.proasyl.de im Mai 2009 weiter verbessert. Aktuelle Meldungen informieren über Entwicklungen in Deutschland und Europa sowie die Arbeit von PRO ASYL. Thematische Unterseiten bieten zahlreiche weiterführende Informationen und Dokumentationen.

PRO ASYL und die Toten Hosen: PRO ASYL hat die »Machmalauter«-Tour 2009/2010 der Toten Hosen begleitet. Bei fast 30 Konzerten der Band war PRO ASYL mit Info-Ständen zur Save me Kampagne vor Ort.

Mitgliederentwicklung: Die Mitgliederzahl von PRO ASYL stieg von 13.803 Mitgliedern zum 1. Januar 2009 auf 14.240 zum 1. Januar 2010 kontinuierlich an.

Die Arbeit in Deutschland

Bundestagswahl

Zur Bundestagswahl 2009 veröffentlichte PRO ASYL gemeinsam mit dem DGB und dem Interkulturellen Rat das Positionspapier »Prioritäten für die deutsche und europäische Migrations- und Flüchtlingspolitik«. Es wurden konkrete Forderungen an die deutsche und europäische Migrations- und Flüchtlingspolitik formuliert, die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen: Einwanderung ist zu gestalten, Integration zu fördern, Partizipation auszuweiten und der Flüchtlingsschutz zu verbessern. Rassismus und Diskriminierung müssen bekämpft werden.

Vor den Koalitionsverhandlungen initiierte PRO ASYL die E-Mail-Aktion »Jetzt (ver)handeln: Schutzschirm für Flüchtlingsrechte!«. Thematische Schwerpunkte waren die Forderung nach einer wirksamen Bleiberechtsregelung sowie nach Solidarität bei der Flüchtlingsaufnahme unter den EU-Staaten, mehr Humanität gegenüber Schutzsuchenden und die Einhaltung völkerrechtlicher Schutzstandards. Mehrere tausend Unterstützerinnen und Unterstützer forderten die Vorsitzenden von CDU, CSU und FDP auf, Flüchtlingsrechte im Koalitionsvertrag zu verankern.

Kinderrechtskonvention

Die Bundesregierung hat Anfang Mai 2010 die Rücknahme der Vorbehalte zur UN-Kinderrechtskonvention beschlossen. PRO ASYL hat 18 Jahre lang kontinuierlich mit Pressearbeit, Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit gefordert, diesen menschenrechtlichen Skandal zu beseitigen. Gleichzeitig haben wir viele Flüchtlingskinder in ihren Verfahren unterstützt. Die UN-Kinderrechtskonvention wurde am 5. April 1992 durch Deutschland nur unter Vorbehalt ratifiziert. In asyl- und ausländerrechtlichen Verfahren kamen die Kinderrechte nach der UN-Konvention demnach nicht zur Anwendung. Die Folge dieser Ungleichbehandlung ist bis heute unter anderem, dass Minderjährige in asyl- und ausländerrechtlichen Verfahren bereits ab 16 Jahren wie Erwachsene behandelt werden und z.B. in Abschiebungshaft genommen werden können. Nach der Rücknahme der Vorbehalte setzt sich PRO ASYL nun für eine Anpassung der Gesetzgebung ein, damit Flüchtlings- und Migrantenkinder endlich die gleichen Rechte wie alle Kinder bekommen. Der Druck muss aufrecht erhalten werden, denn die Bundesregierung hat bereits angekündigt, keinerlei Änderungen in asyl- oder ausländerrechtlichen Verfahren vornehmen zu wollen.

Gemeinsam mit UNICEF, der Kindernothilfe, dem DRK und zahlreichen weiteren Partnern wurde das Positionspapier »Flüchtlingskinder in Deutschland« erstellt, in dem der politische und gesellschaftliche Handlungsbedarf für die Legislaturperiode formuliert ist. In Deutschland leben etwa 8.000 Kinder, die auf ihre Entscheidung im Asylverfahren warten, etwa 30.000 Minderjährige sind lediglich »geduldet«. Fundierte Schätzungen zu Minderjährigen ohne Aufenthaltsstatus gibt es nicht. Es muss gesichert sein, dass auch bei Flüchtlingskindern jugendhilfetypische Bedarfssituationen abgedeckt werden. Dazu gehört ggf. die Inobhutnahme von Flüchtlingskindern. Minderjährige brauchen kindgerechte Asylverfahren, Zugang zu Schule und Ausbildung und angemessene Sozialleistungen.

Save me Kampagne

Im Februar 2009 hat PRO ASYL eine grundlegende Broschüre mit der Forderung nach einem sogenannten Resettlementprogramm veröffentlicht. Ein breites Bündnis aus Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen konnte dafür gewonnen werden. Ziel ist die großzügige Beteiligung Deutschlands an der Neuansiedlung von Flüchtlingen in Europa. UNHCR vermittelt besonders schutzbedürftige Flüchtlinge aus perspektivlosen Situationen in aufnahmebereite Staaten. PRO ASYL hat zudem die bundesweite Kampagnenseite www.save-me-kampagne.de

eingerrichtet und finanziert. Mehr als 20 Städte haben mittlerweile Beschlüsse zur Aufnahme von Flüchtlingen verabschiedet.

Zum Tag des Flüchtlings am 2. Oktober 2009 präsentierten Vertreterinnen und Vertreter der Save me Kampagne und PRO ASYL eine »Installation der Aufnahmebereitschaft für Flüchtlinge« aus rund 5.000 Rettungsringen, mit Kampagnen-Ortsschildern und Schlauchbooten. Die Rettungsringe standen stellvertretend für rund 5.000 Bürgerinnen und Bürger, die sich bislang öffentlich bereit erklärt haben, in Deutschland ankommenden Flüchtlingen aktiv zur Seite zu stehen.

Aufnahme irakischer Flüchtlinge in Deutschland

Im April 2010 kamen die letzten von insgesamt 2.500 von Deutschland aufgenommenen Irakflüchtlings an. Damit endete vorerst eine Aufnahmeaktion, die Ende 2008 von Bund und Ländern beschlossen worden war. Die Aktion war ein richtiger erster Schritt, für die Aufgenommenen bedeutete sie zweifellos die Rettung aus einer perspektivlosen Situation. Damit das jedoch kein Tropfen auf den heißen Stein bleibt, braucht es ein kontinuierliches Neuansiedlungsprogramm. Mit einer E-Mail-Aktion wurde der Bundesinnenminister aufgefordert, weiteren dringend schutzbedürftigen Flüchtlingen ein Leben in Würde und Sicherheit zu gewähren und ein dauerhaftes Aufnahmeprogramm einzurichten. Vor den Innenmi-

nisterkonferenzen hat PRO ASYL die Innenminister und -senatoren gebeten, ihre Bereitschaft für die Fortführung solcher Programme zu erklären.

Mit Diskriminierung macht man keinen Staat

Das Bundesverfassungsgericht erklärte im Februar 2010 die Höhe der Hartz IV-Leistungen für verfassungswidrig. Als Konsequenz der Karlsruher Entscheidung fordert PRO ASYL erneut die Abschaffung der Diskriminierung von Flüchtlingen durch das sogenannte Asylbewerberleistungsgesetz. Asylsuchende, Geduldete und Menschen mit einem humanitären Aufenthaltsstatus werden mindestens vier Jahre vom sozialen Existenzminimum ausgeschlossen und müssen unter Mangelversorgung leiden. Dies ist mit der Menschenwürde nicht vereinbar. Nach Auffassung von PRO ASYL ist deshalb nicht nur Hartz IV, sondern auch das Asylbewerberleistungsgesetz verfassungswidrig.

PRO ASYL und Interkultureller Rat rufen dazu auf, unter dem Motto »Mit Diskriminierung macht man keinen Staat« die Lebensbedingungen von Flüchtlingen zu thematisieren und Veranstaltungen zum Tag des Flüchtlings durchzuführen. Flüchtlinge sind in Deutschland in besonderem Maße von Ausgrenzung und Diskriminierung betroffen. 94.000 Menschen leben nur mit einer Duldung und in ständiger Angst vor Abschiebung, 60.000 von ihnen seit über sechs Jahren. Durch nachrangi-

gen Zugang zum Arbeitsmarkt oder sogar Arbeitsverbote, eingeschränkte Bewegungsfreiheit durch die Residenzpflicht und mangelnde Versorgung werden sie bewusst an den Rand der Gesellschaft gedrängt. PRO ASYL und Interkultureller Rat fordern, Flüchtlingen eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Rassistische Ausgrenzung muss beendet werden: Langjährig Geduldete brauchen eine sichere Lebensperspektive, restriktive Sondergesetze wie das Asylbewerberleistungsgesetz müssen abgeschafft werden. Im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus im März 2010 fanden zahlreiche Veranstaltungen zum Thema statt.

Die Broschüre »Mit Diskriminierung macht man keinen Staat« bietet zudem Hintergrundinformationen zur Lebenssituation von Flüchtlingen und gibt Tipps, wie man sich gegen Ausgrenzung und Diskriminierung von Flüchtlingen engagieren kann. Sie kann kostenlos bei PRO ASYL bestellt werden oder unter www.proasyl.de heruntergeladen werden.

Rassisten sind eine Gefahr, nicht Muslime!

Zum Internationalen Tag gegen Rassismus 2010 hat PRO ASYL gemeinsam mit dem DGB und dem Interkulturellen Rat die Erklärung »Rassisten sind eine Gefahr, nicht Muslime!« herausgegeben. Sie stellt sich populistischen und rassistischen Kampagnen entgegen, die auf dem

Rücken von Muslimen die demokratische Ordnung unterwandern und Grundrechte beschneiden wollen. Dreiundzwanzig prominente Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Medien und Kultur haben die Erklärung unterzeichnet, darunter Günter Grass, Prof. Dr. Gesine Schwan, Prof. Dr. Rita Süßmuth, Ilija Trojanow und viele mehr. Dazu erschien auch ein Flyer, der bei PRO ASYL bestellt werden kann.

Gegen Lagerzwang

80.000 Menschen in Deutschland werden gezwungen, in Lagern zu leben. Sie können sich nicht aussuchen, wo und wie sie leben möchten – je nach Bundesland erwarten sie Container, Essenspakete, ein Leben in der Provinz. Es gibt Jugendliche, die ihr ganzes Leben im Lager verbracht haben – ohne Privatsphäre und vor dem Nichts stehend, sobald sie ihre Schulausbildung beendet haben. Dagegen kämpft PRO ASYL und setzt sich dafür ein, langjährig in Deutschland lebenden Flüchtlingen endlich eine Perspektive zu geben. Die STIFTUNG PRO ASYL hat im September 2009 Nissrin Ali und Felleke Bahiru Kum für ihren Einsatz gegen den Lagerzwang mit der PRO ASYL-Hand 2009 ausgezeichnet. Im Faltblatt »Man muss den Menschen sagen, wie das Leben im Lager ist« erzählen Betroffene, was die zwangsweise Unterbringung für sie bedeutet. PRO ASYL hat sich bei der Frühjahrssinnenministerkonferenz 2010 in Hamburg für eine Humanisierung des Umgangs mit Flüchtlingen

und die Abschaffung restriktiver Regelungen eingesetzt. Dazu gehören die Lagerunterbringung und die Residenzpflicht.

Leben in der Warteschleife

PRO ASYL wird sich weiterhin für eine grundlegende Neufassung des Bleiberechts für langjährig Geduldete auf Bundesebene einsetzen. Über eine wirksame Regelung sind jahrelange Debatten geführt worden. Noch immer leben 90.000 Menschen mit einer Duldung in Deutschland. Knapp 60.000 von ihnen seit über sechs Jahren. Restriktiv gefasste Ausschlussgründe und die Festlegung auf einen Einreisestichtag ließen viele Geduldete von vornherein ohne Chance auf ein Bleiberecht. PRO ASYL kritisierte die Ergebnisse der Innenministerkonferenz im Dezember 2009 als völlig ungenügend und forderte erneut eine umfassende gesetzliche Bleiberechtsregelung. Die Frist, innerhalb derer Betroffene ihren eigenen Lebensunterhalt mindestens teilweise sichern müssen, um ein Bleiberecht zu erhalten, wurde um zwei Jahre verlängert. Eine humanitäre Regelung kann nach jahrelangem Ausschluss vom Arbeitsmarkt und in Zeiten der Wirtschaftskrise jedoch nicht an die Frage geknüpft sein, ob jemand über die Integration in den Arbeitsmarkt dauerhaft von sozialen Leistungen unabhängig werden kann oder nicht. Auf die Erfordernis der Lebensunterhaltssicherung und restriktive Ausschlussgründe muss deshalb verzichtet werden. In dem nach den

unzureichenden Beschlüssen aktualisierten Faltblatt »Leben in der Warteschleife« sind die Forderungen noch einmal zusammengefasst und anhand von Einzelfällen illustriert. Es kann unter www.proasyl.de heruntergeladen und bestellt werden.

Mangelhafte Asylverfahren

Im April 2009 veröffentlichte PRO ASYL die umfassende Studie zur Qualität von Flughafenasyilverfahren »Hastig, unfair, mangelhaft«. Bei der Untersuchung dutzender Asylfälle wurden eklatante Mängel im Verfahren aufgezeigt: Verhöre statt Anhörungen, Verstöße gegen elementare Verfahrensgrundsätze, unzureichende Aufklärung der Fluchtgründe und vieles mehr. Erfreulich ist, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sich inzwischen offen für den Dialog gezeigt hat. Für bestimmte Fallkonstellationen konnten Verbesserungen erreicht werden. Ziel des Bundesamtes muss es sein, künftig eine lückenlose Qualitätskontrolle von Anhörungen und Entscheidungen sicherzustellen.

Abschiebungen nach Syrien

Im Januar 2009 trat ein Rückübernahmeabkommen mit Syrien in Kraft. PRO ASYL warnte schon damals vor einem Vertrag mit dem Folterregime. Nicht nur syrische Staatsangehörige, sondern auch viele der entrechteten Staatenlosen, die in den vergangenen Jahren aus Syrien flüchteten, leben seither in Angst vor der Abschie-

bung in die syrischen Folterkeller. Im Oktober 2009 forderte PRO ASYL erneut die Aussetzung des Rückübernahmeabkommens, nachdem mehrere Fälle bekannt wurden, in denen nach Syrien Abgeschobene sofort in Haft genommen wurden. Ein kurzfristig erstellter Ad-hoc-Lagebericht des Auswärtigen Amtes bestätigte im Dezember 2009 drei Inhaftierungsfälle von aus Deutschland Abgeschobenen. PRO ASYL forderte einen sofortigen Abschiebestopp und eine veränderte Anerkennungspraxis, aber bis auf einen temporären Entscheidungsstopp des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge wurden und werden die Abschiebungen fortgesetzt.

Kosovo: Keine Abschiebungen ins Elend

Der Sozialwissenschaftler Dr. Stephan Dünnwald besuchte im September 2009 im Auftrag von PRO ASYL abgeschobene Personen im Kosovo und befragte sie zu ihrer Situation nach der Rückkehr. Aus der Recherche ging der Bericht »Zur Lebenssituation von aus Deutschland abgeschobenen Roma, Ashkali und Angehörigen der Ägypter-Minderheit im Kosovo« hervor, der die äußerst prekären Verhältnisse veranschaulicht.

Im April 2010 wurde das Rückübernahmeabkommen zwischen Deutschland und dem Kosovo unterzeichnet. Bis zu 2.500 Menschen pro Jahr sollen nach dem Willen der Innenminister zurückgeschickt

werden. Im Kosovo erwartet die Abgeschobenen buchstäblich ein Leben am Rande der Müllkippe. Diskriminierung und Ablehnung schlägt ihnen entgegen. Der Zugang zu Arbeit, Bildung, sozialen Einrichtungen und gesundheitlicher Versorgung bleibt ihnen weitgehend versperrt. Ihre in Deutschland geborenen Kinder können sich weder auf albanisch noch serbisch verständigen und finden dort keine Lebensperspektive.

Vor der Frühjahrskonferenz 2010 der Innenminister protestierte PRO ASYL gemeinsam mit Prof. Dr. Christian Schwarzschilding, dem ehemaligen Hohen Repräsentanten und UN-Sonderbeauftragten für Bosnien und Herzegowina, gegen die Abschiebungen. Ein gemeinsamer »Osterappell«, der den Verzicht auf Minderheitenabschiebungen vor dem Hintergrund der historischen Verantwortung Deutschlands für die Roma fordert, sowie zahlreiche Proteste gegen das Rückübernahmeabkommen haben erste Wirkungen gezeigt. Bundesinnenminister de Maizière hat die Länder gebeten, mit Roma-Abschiebungen zurückhaltend umzugehen.

Im Vorfeld der Innenministerkonferenz wurde eine E-Mail- und Foto-Aktion gestartet. Angelehnt an die Münsteraner »Aktion 302« waren Unterstützerinnen und Unterstützer aufgefordert, Fotos von sich und Betroffenen sowie E-Mails an die Innenminister der Länder zu schicken. Mehrere tausend Unterstützerinnen und Unterstützer beteiligten sich daran. Die

Ergebnisse sind auf www.proasyl.de zu sehen. Das Faltblatt »Keine Abschiebungen ins Elend« fasst die wichtigsten Forderungen zusammen.

Prozessbeobachtung

Immer wieder spielen Ärzte, medizinische Gutachter und Psychiater eine bedenkliche Rolle bei Abschiebungen. Im Berichtszeitraum begleitete PRO ASYL das Verfahren gegen einen Arzt, der wegen fahrlässiger Tötung eines Abschiebehäftlings angeklagt war. Der Facharzt für Psychiatrie hatte seine ärztlichen Sorgfaltspflichten massiv verletzt, indem er den kurdischen Abschiebungshäftling Mustafa Alkali nach einem einzigen Gespräch als nicht suizidgefährdet eingestuft hatte und es dabei nicht für nötig hielt, sich mit den Diagnosen von Ärzten, die Alkali zuvor mehrere Wochen behandelt hatten, ernsthaft auseinanderzusetzen. Alkali hatte sich später in der Zelle erhängt. Da die Verletzung der ärztlichen Sorgfaltspflicht jedoch nicht als hundertprozentige Ursache des Suizids nachzuweisen sei, wurde der Arzt freigesprochen. Dass es immer wieder Ärzte gibt, die ohne ernsthafte Untersuchung von Menschen in Minuten-schnelle Reise- und Abschiebungsfähigkeit diagnostizieren, dass es Richter gibt, die solchen Diagnosen folgen und sich ärztliche Kompetenzen anmaßen, ist einem politischen Klima geschuldet, in dem tote Abschiebungshäftlinge und Tote bei Abschiebungen bloße Nebenwirkungen des politisch Gewollten sind.

Mit einer Entscheidung des Bundesgerichtshofes im Januar 2010 im Revisionsverfahren um den Tod des in einer Dessauer Polizeizelle verbrannten sierraleonischen Asylsuchenden Oury Jalloh verbindet sich die Hoffnung auf eine späte Aufklärung der Tragödie. PRO ASYL hatte den Prozess über Jahre begleitet.

Einzelfallberatung

Im Jahr 2009 wurden rund 4.000 Anrufe und 2.200 schriftliche Anfragen an die Mitarbeitenden im Arbeitsbereich Einzelfallhilfe und Beratung herangetragen. In rund 2.000 Anrufen und 700 schriftlichen Anfragen ging es dabei um konkrete Fälle von Asylsuchenden und Flüchtlingen, die zum Teil eine länger währende Beratung und Begleitung erforderten. Neben der direkten Einzelfallhilfe deckten die Mitarbeitenden des Arbeitsbereichs viele verschiedene Serviceleistungen für Flüchtlinge, Unterstützer und Interessierte ab.

Ein weiterhin steigender Beratungsbedarf war beim Thema Dublin II zu verzeichnen. In diesen Fällen strebt das Bundesamt die Rücküberstellung in einen anderen europäischen Staat an und führt kein Asylverfahren durch. Die Zahl der Dublin-Fälle stieg 2009 erneut: mittlerweile sind 33 % – also jeder dritte Asylsuchende – davon betroffen. Im Brennpunkt standen dabei erneut drohende Abschiebungen nach Griechenland. Auch im europäischen Ausland hat sich PRO ASYL als kompetente Organisation in Fragen zu Dublin II

einen Namen gemacht und erhielt vermehrt Unterstützungs- und Beratungsanfragen.

Weitere Schwerpunkte der Beratungstätigkeit und Einzelfallhilfe waren Abschiebungen nach Syrien und in den Kosovo. Mit beiden Staaten hat die Bundesregierung Rückübernahmeabkommen geschlossen, um Abschiebungen zu erleichtern. Die überwiegende Mehrheit der von drohenden Abschiebungen in den Kosovo oder nach Syrien Betroffenen lebt bereits seit vielen Jahren in Deutschland, scheiterte jedoch an den restriktiven Ausschlussgründen der Altfallregelung oder verlor Aufenthaltserlaubnisse in Folge des Rückübernahmeabkommens.

Telefon und E-Mail-Dienst wurden vom Europäischen Flüchtlingsfonds gefördert.

Rechtshilfe

Im Berichtszeitraum wurden 296 Anträge an den Rechtshilfefonds gestellt. Die Antragsteller kamen aus insgesamt 45 Ländern. Die meisten aus Afghanistan, dem Irak, dem Kosovo, der Türkei, aus Syrien und dem Iran. Von den übrigen kam ein großer Teil aus 22 Ländern Afrikas. 55 Frauen haben einen Antrag an den Rechtshilfefonds gestellt, 20 von ihnen brachten im Asylverfahren frauenspezifische Verfolgungsgründe vor. Es wurden Zuschüsse aus dem Rechtshilfefonds für 30 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge bewilligt. Die Hälfte von ihnen kam aus Afghanistan.

Bei mehr als der Hälfte der Verfahren, die aus dem Rechtshilfefonds unterstützt wurden, handelte es sich um Asylverfahren, davon waren 43 Dublin II-Verfahren, 30 Flüchtlinge waren über Griechenland in die EU eingereist. Zuschüsse wurden außerdem bewilligt für Bleiberechtsverfahren (18), Abschiebungshaftverfahren (13), Strafverfahren wegen Verstößen gegen das Ausländerrecht (12) sowie für sozialrechtliche Verfahren (7), Abschiebungsverfahren (5), Verfahren zur Familienzusammenführung (5), ausländerrechtliche Verfahren (20). Einen großen Teil des Budgets verschlingen medizinisch-psychologische Gutachten. Im Berichtszeitraum wurden mehr als 30 Gutachten finanziert.

Am meisten angestiegen sind beim Rechtshilfefonds gegenüber dem Vorjahreszeitraum die Ausgaben für die Dublin II-Verfahren. Sonstige Verfahren, die bezuschusst wurden, waren: Klage wegen Nichtumsetzung der Qualifikationsrichtlinie, Verfahren zur Altersfeststellung, Betreuung der Rückkehr, Vormundschafts-sache, Widerrufsverfahren, Verfahren wegen Abschiebungskosten.

Der Großteil der unterstützten Verfahren endet mit einem Erfolg oder Teilerfolg im Sinne der betroffenen Flüchtlinge.

rung weist jede Verantwortung an diesem Völkerrechtsbruch von sich.

Internationale Rechtshilfe

PRO ASYL unterstützt aus seinem Rechtshilfefonds die Klage von 24 Bootsflüchtlingen aus Somalia und Eritrea, die die italienische Küstenwache im Mai 2009 aufgegriffen und umgehend nach Libyen zurückgeschickt hat. Zum ersten Mal wird sich der Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg mit der Frage auseinandersetzen müssen, ob die Zurückschiebungspraxis ein Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention ist.

Humanitäre Hilfe ist niemals ein Verbrechen

Mit einer großen Solidaritätsaktion wurde die Besatzung der Cap Anamur unterstützt, die wegen der Rettung von 37 Flüchtlingen aus Seenot im Jahr 2004 angeklagt war. Durch eine Flut von Postkarten und E-Mails an das italienische Justizministerium mit dem Motto »Humanitäre Hilfe ist kein Verbrechen!« konnte eine breite Öffentlichkeit informiert und mobilisiert werden. Mehrere tausend Unterstützerinnen und Unterstützer setzten sich für die beiden Angeklagten ein. Nach mehrjährigen, zähen Verhandlungen sprach ein Strafgericht in Agrigent auf Sizilien am 7. Oktober 2009 den ehemaligen Cap-Anamur-Chef Elias Bierdel und den Kapitän Stefan Schmidt frei. PRO ASYL ist erleichtert über diesen Ausgang des Verfahrens.

Trotz des Freispruchs bleibt der Prozess gegen die Lebensretter ein Skandal. An dieser Stelle möchten wir uns bei allen Unterstützerinnen und Unterstützern bedanken, die sich mit uns für die Angeklagten engagiert haben.

Verschiebebahnhof Dublin II

Mit der Dublin II-Verordnung schieben die europäischen Staaten Flüchtlinge wie Stückgut von Land zu Land – im Zweifelsfall zurück an die Außengrenzen. Im monatelangen Einsatz für einen Iraner konnte PRO ASYL dessen Abschiebung nach Griechenland im September 2009 durch ein Gericht rückgängig machen, nachdem er dort ohne Obdach und Zugang zu einem Asylverfahren gewesen war.

Mittlerweile haben über 250 Verwaltungsgerichte aufgrund der eklatanten Missstände im griechischen Asylsystem Überstellungen nach Griechenland gestoppt. Mehrfach setzte auch das Bundesverfassungsgericht Überstellungen nach Griechenland aus. Ein aktueller Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes eröffnet die Möglichkeit, dass im Hauptverfahren endlich der Ausschluss des vorläufigen Rechtsschutzes bei drohenden Abschiebungen im Dublinverfahren auf den Prüfstand kommt.

Die fortlaufenden Recherchen von PRO ASYL zur katastrophalen Situation von Schutzsuchenden in Griechenland haben maßgeblich dazu beigetragen, dass vie-

Die europäische und internationale Arbeit

Protest gegen Italiens Völkerrechtsbruch

Die italienische Küstenwache bringt seit Mai 2009 Flüchtlingsschiffe in internationalen Gewässern auf und drängt sie gewaltsam nach Libyen zurück. Allein bis Dezember 2009 wurden etwa 1.400 Bootsflüchtlinge in libysche Haftlager zurückgeschickt. Diesen Bootsflüchtlingen wurde jegliche Hilfe und Schutz verweigert. PRO ASYL forderte den damaligen Vizepräsidenten der EU-Kommission umgehend in einem offenen Brief dazu auf, sich unmissverständlich zu den Verstößen Italiens gegen die Menschenrechte von

Bootsflüchtlingen zu äußern und Sanktionen zu verhängen. Der Appell, diesen Völkerrechtsbruch endlich zu beenden, ging auch an alle Mitglieder des Innenausschusses des Europaparlaments. Im Juni 2009 brachte die italienische Küstenwache ein Boot vor der maltesischen Küste auf und übergab die 74 Flüchtlinge, darunter Frauen und Kinder, einer libyschen Patrouille. Daran beteiligt war auch ein deutscher Hubschrauber, dessen Besatzung Informationen über die Ortung des Flüchtlingsbootes zuständigkeitshalber weitergab. Die zurückgedrängten Flüchtlinge kämpfen in libyschen Haftlagern ums Überleben – die Bundesregie-

len Asylsuchenden in Deutschland und in anderen europäischen Ländern die Rücküberstellung ins Elend und die völlige Schutzlosigkeit erspart blieb.

Zudem weist PRO ASYL seit langem darauf hin, dass der Rechtsschutz für von der Dublin II-Verordnung Betroffene vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ausgehebelt wird. Asylsuchende, für die angeblich ein anderer EU-Staat zuständig ist, wird der schriftliche Bescheid, dass ein Asylverfahren in Deutschland nicht durchgeführt wird, oft erst am Tag der Abschiebung ausgehändigt. Im Dezember 2009 wurde diese Praxis vom Verwaltungsgericht Hannover als Grundrechtsverstoß kritisiert. Das Bundesamt verkenne das Gebot des effektiven Rechtsschutzes des Art. 19 IV GG, so das Verwaltungsgericht in seiner Kammerentscheidung. Dieses Grundrecht beinhalte eben nicht nur die formale Möglichkeit, Gerichte anzurufen, sondern auch den Anspruch, tatsächlich wirksame gerichtliche Kontrolle zu erlangen. PRO ASYL begrüßte die Entscheidung und forderte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge auf, seine flächendeckende Praxis der Blockade des Rechtswegs zu beenden und das Rechtsschutzgebot endlich ernst zu nehmen.

PRO ASYL und die Europäische Kommission

PRO ASYL hat am 10. November 2009 zusammen mit Flüchtlingsorganisationen aus den Niederlanden, Finnland und Großbritannien (Dutch Council for Refugees, Finnish Refugee Advice Center, British Refugee and Migrant Justice) eine Beschwerde, so der europarechtliche Begriff, gegen Griechenland wegen der Missachtung aller zentralen europäischen Asylrichtlinien bei der Europäischen Kommission eingereicht. Die Möglichkeit, in Griechenland Schutz zu bekommen, existiert praktisch nicht. Zwanzig weitere europäische Flüchtlingsorganisationen unterstützen die Beschwerde. Die EU-Kommission hat nun ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Griechenland eingeleitet.

Menschenrechte auf Hoher See

Mit einem gemeinsamen Positionspapier forderte ein Bündnis bestehend aus Amnesty International, AWO, Caritas, Diakonie, Deutscher Anwaltverein, Deutsches Rotes Kreuz, Neue Richtervereinigung, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband und PRO ASYL im Juni 2009 eine grundlegende Wende in der europäischen Flüchtlingspolitik. Die Organisationen werfen der EU Völkerrechtsverletzungen vor, wenn Schutzsuchende durch die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX auf dem offenen Meer zurückgedrängt werden. Deutschland stelle dafür Hubschrauber zur Verfügung und leiste damit Beihil-

fe zum völkerrechtswidrigen Verhalten. Die Europäische Menschenrechtskonvention gilt auch auf Hoher See. Aufgegriffenen Asylsuchenden muss ein wirksamer Zugang zu einem Asylverfahren in der EU gewährt werden.

Direkte Hilfe in Griechenland

Mit einem Hilfsprojekt der STIFTUNG und des Fördervereins PRO ASYL, das in Kooperation mit dem Deutschen Caritasverband, der UNO-Flüchtlingshilfe, der Stiftung do und Brot für die Welt finanziert wird, steht PRO ASYL besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen in Griechenland zur Seite. Bereits im Juni 2008 wurde das Kooperationsprojekt gemeinsam mit dem Ökumenischen Flüchtlingsprogramm der griechisch-orthodoxen Kirche initiiert, um besonders schutzbedürftigen Menschen im Haftlager Pagani zur Seite zu stehen. In den Sommermonaten 2009 waren in der Regel 800-1.000 Menschen inhaftiert, darunter viele Minderjährige und Familien mit Kindern. Das Projekt zielt darauf ab, unbegleitete Minderjährige sowie andere besonders Schutzbedürftige zu identifizieren, sie zu beraten und ihnen rechtlichen Beistand zu leisten. Unser Team vor Ort setzte sich insbesondere für eine sofortige Haftentlassung von Kindern und Familien ein. Sehr bald zeigte sich, dass die Aufgaben- und Wirkungsbereiche des Projektes weit über diese Grundkonzeption hinausgehen würden. Seit Juni 2009 war es möglich, mit einem Rechtsanwalt, einem Sozialarbei-

ter und zwei Dolmetschern vor Ort zu sein. Außer der Beratung und Unterstützung im Haftlager Pagani leisteten die Mitarbeitenden seitdem psychischen Beistand und vermittelten zwischen inhaftierten Flüchtlingen, der Polizei und den örtlichen Behörden. Die Arbeit führte schließlich zum Erfolg: Unter medialem Beifall wurde das Lager Pagani im November 2009 geschlossen, allerdings nur zeitweilig. Die humanitäre Arbeit in Griechenland muss also weitergehen.

Die Broschüre »Flüchtlinge in Griechenland: Gestrandet, entrechtet und ohne Schutz« dokumentiert exemplarische Einzelfälle und stellt die Arbeit des Projekts im Kontext der griechischen und europäischen Flüchtlingspolitik dar.

Schutzlose Flüchtlingskinder

PRO ASYL forderte im März 2010 EU-Kommission und Bundesregierung zum Handeln auf. Tausende von Flüchtlingskindern werden in Griechenland unter menschenunwürdigen, gesundheitsgefährdenden Bedingungen inhaftiert, drangsaliert und danach einfach auf die Straße gesetzt. Griechenland ist das Haupteinreiseland in die Europäische Union. In den vergangenen zwei Jahren sind über Zehntausend Kinderflüchtlinge in Griechenland gestrandet. Viele von ihnen sind ohne jegliche Begleitung aus Ländern wie Afghanistan und Somalia geflohen. Wenn sie in Griechenland erstmals das Gebiet der EU betreten, bedeutet das jedoch keines-

wegs Schutz oder ein Ende ihres Leidenswegs. Nichts und niemand schützt sie vor Ausbeutung und Gewalt, sie wissen nicht wohin.

In einer breit angelegten Postkartenaktion fordert PRO ASYL eine Aufnahme dieser Kinder in Deutschland und anderen EU-Staaten. Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière und die EU-Kommissarin für Inneres, Cecilia Malmström, sind aufgerufen, sich persönlich für den

Schutz der Kinderflüchtlinge einzusetzen. Es muss eine humanitäre Lösung gefunden werden.

Weitere Informationen über die Lage von Kinderflüchtlingen in Griechenland gibt es im Faltblatt »Europa darf nicht länger wegschauen!«. Der Flyer wird auseinandergefaltet zum Poster und ist kostenlos bei PRO ASYL bestellbar.

PRO ASYL intern

Auszeichnungen

Göttinger Friedenspreis für PRO ASYL

PRO ASYL ist für die Kampagne »Stopp das Sterben!« mit dem Göttinger Friedenspreis 2010 der Stiftung Dr. Roland Röhl ausgezeichnet worden. Damit wurde das Engagement für den Schutz und die Rechte verfolgter Menschen in Deutschland und Europa gewürdigt.

PRO ASYL trete an einer zentralen Schnittstelle von innerer und äußerer Friedensförderung für die Gebote menschlicher Sicherheit ein und wirke damit als wichtige »Stimme der Humanität«, heißt es in der Verleihungsurkunde. »Flüchtlingsrechte sind Menschenrechte – ihre Förderung und Einhaltung dienen einem auf gemeinsamer Verantwortung basierenden Sicher-

heitsverständnis und der Schaffung friedlicher und humaner Lebensbedingungen.«

Mit der Kampagne »Stopp das Sterben« hat PRO ASYL auf die dramatische Situation von Flüchtlingen an den EU-Außengrenzen aufmerksam gemacht. Tausende sterben bei dem Versuch, Europa zu erreichen. Menschen, die in Europa Schutz vor Verfolgung, Krieg und unhaltbaren Lebensbedingungen suchen, werden unter Missachtung geltenden Rechts inhaftiert, zurückgedrängt oder bewusst dem Tod überlassen.

Medienpreis für Mailaktion »Menschenrechte verschwinden« zur Europawahl

An der E-Mail-Aktion »Ihre Stimme für die Menschenrechte!« haben sich vor und nach der Europawahl tausende Unter-

zeichner und Unterzeichnerinnen beteiligt. Dabei wurde eine E-Mail mit dem Betreff »Menschenrechte verschwinden« verschickt, die sich während des Betrachtens langsam auflöste. Die Aktion gewann damit eine Auszeichnung in Gold in der Kategorie E-Mail des Deutschen Multimedia Award 2009. Insgesamt wurden 300 Arbeiten von 125 Agenturen, Dienstleistern und Auftraggebern beim DMMA eingereicht. Glückwunsch und herzlichen Dank an die Agentur OgilvyInteractive, die die E-Mail-Aktion für PRO ASYL kostenlos entwickelt hat.

PRO ASYL im Netz

Neue Homepage mit aktuellen Informationen

Seit dem Relaunch der Homepage im Mai 2009 bietet www.proasyl.de einen schnelleren Überblick und den gezielten Zugang zu gesuchten Informationen. Meldungen und Aktuelles finden sich kurz und übersichtlich direkt auf der Startseite. Weiterführende Inhalte stehen Interessierten über thematisch überarbeitete Navigationsbereiche zur Verfügung. Seither steigen die Zugriffe kontinuierlich. Seit Oktober 2009 hatten wir in etwa dreimal mehr Zugriffe als vor dem Relaunch. Zunehmend gewinnt PRO ASYL auch neue Mitglieder und Spender über die Onlineformulare auf der Homepage.

Die News informieren über aktuelle Themen und Aktionen im Bereich Asyl und

Menschenrechte in Deutschland und Europa, sie gehören jeden Monat zu den am häufigsten aufgerufenen Seiten. Das liegt auch daran, dass wir uns als Medium bei Google News registrieren konnten. Seither erscheint jede Meldung auch dort und wird automatisch verschlagwortet. Zudem ist die PRO ASYL-Website bei einer einfachen Google-Suche differenziert mit thematischen Unterpunkten, die aktuell häufig aufgerufen werden, angezeigt. News und Presseerklärungen können auch als RSS-Feed abonniert werden.

E-Mail-Aktionen als neue Beteiligungsmöglichkeit

Mit E-Mail-Protestaktionen können Unterstützerinnen und Unterstützer verantwortliche Politikerinnen und Politiker in Deutschland und Europa direkt anschreiben und ihren Protest oder ihre Forderungen äußern. Tausende haben diese Möglichkeit bereits genutzt. Die Teilnahme ist einfach und kostenlos und ermöglicht eine schnelle Verbreitung. So schrieben allein in Solidarität mit den Angeklagten der Cap Anamur mehrere tausend Menschen per Mail an das italienische Justizministerium. Im Wahljahr 2009 wurden die deutschen und europäischen Parlamentarier in tausenden Mails an ihre Verantwortung für den Flüchtlingsschutz erinnert. Im Mai 2010 waren Unterstützerinnen und Unterstützer aufgefordert, bei den Landesinnenministern per Mail gegen die Abschiebungen von Roma und anderen Minderheiten in das Kosovo zu pro-

testieren. Zudem gab es die Möglichkeit, Fotos von sich und Betroffenen sowohl an die zuständigen Minister als auch an PRO ASYL zu schicken, wo sie auf der Homepage als Zeichen der Solidarität ausgestellt sind.

Newsletter

Mit dem monatlich erscheinenden kostenlosen Newsletter mit Meldungen und asylrelevanten Dokumenten werden ehrenamtliche Strukturen der Flüchtlingshilfe gestärkt. 4.377 Personen und Organisationen sind Bezieher des Newsletters. Der Newsletter wird gefördert vom Europäischen Flüchtlingsfonds.

PRO ASYL und die Toten Hosen

PRO ASYL hat die »Machmalauter«-Tour 2009/2010 der Toten Hosen begleitet. Die Band unterstützt die Arbeit von PRO ASYL und die Kampagne »Stoppt das Sterben«. Auf ihrer Homepage gibt es zahlreiche Informationen und Interviews dazu. Es war bereits die dritte gemeinsam bestrittene Tour, aber noch nie wurden so viele Konzerte absolviert wie dieses Mal. Bei fast 30 Konzerten der Toten Hosen in Deutschland war PRO ASYL mit Info-Ständen zur Save me-Kampagne vor Ort. Auf den Konzerten standen auch aktive Save me-Unterstützerinnen und Unterstützer aus den jeweiligen Städten Frage und Antwort und informierten Interessierte direkt über Möglichkeiten zu Engagement und Teilnahme: wie man lo-

kale Save me-Aktionen unterstützen kann oder wie man selbst eine neue Gruppe ins Leben ruft.

STIFTUNG PRO ASYL

Die STIFTUNG PRO ASYL hat im Jahr 2009 zahlreiche Projekte gefördert und umgesetzt. Besonders das Griechenlandprojekt zur Unterstützung besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge auf Lesbos war im vergangenen Jahr von zentraler Bedeutung für die Stiftung. Um Förderer und Interessierte über die Situation in Griechenland zu informieren, hat die STIFTUNG PRO ASYL im November und Dezember 2009 auch Informationsveranstaltungen durchgeführt, die auf beachtliches Interesse und positive Resonanz gestoßen sind.

Die Tätigkeiten der Stiftung wurden durch Erträge aus dem Stiftungskapital, Spenden sowie Zuschüssen des Fördervereins PRO ASYL als auch von anderen Geldgebern ermöglicht. Besonders danken wir dem Deutschen Caritasverband, der UNO-Flüchtlingshilfe, Brot für die Welt und der Stiftung do für die großzügige Förderung des Griechenlandprojekts.

Um die Arbeit des Fördervereins PRO ASYL auch in Zukunft effektiv unterstützen zu können und wichtige Pilot- und Modellprojekte nachhaltig durchführen zu können, strebt die STIFTUNG PRO ASYL eine Erhöhung des Stiftungskapitals an. Dazu ist sie besonders auf Zustiftungen

angewiesen. Im Gegensatz zu Spenden werden Zustiftungen als Stiftungskapital angelegt und bleiben auf Dauer erhalten. Die Erträge des Stiftungskapitals werden zur Unterstützung des Fördervereins PRO ASYL und für die Umsetzung der Projekte der STIFTUNG PRO ASYL eingesetzt. Die STIFTUNG PRO ASYL ist besonders dankbar für die Schenkung eines Mehrfamilienhauses. Zu Lebzeiten der langjährigen Spenderin des Fördervereins PRO ASYL gehen die Mieteinnahmen weiterhin an sie, während sie gleichzeitig die laufenden Kosten trägt.

Weitere Informationen zur Arbeit der STIFTUNG PRO ASYL finden Sie im Jahresbericht der Stiftung, der online verfügbar ist.

Menschenrechtspreis 2009 für geduldete Flüchtlinge

Nissrin Ali und Felleke Bahiru Kum wurden am 5. September mit dem Menschenrechtspreis 2009 der STIFTUNG PRO ASYL für ihr couragiertes Engagement für die Rechte von Flüchtlingen ausgezeichnet. Beispielhaft haben sie sich für die Achtung der Menschenwürde von Flüchtlingen und die Abschaffung des Lagerzwangs eingesetzt. Als Betroffene – selbst zum Leben in Lagern gezwungen – sind sie an die Öffentlichkeit gegangen und haben eine viel beachtete politische Debatte in Bayern ausgelöst und so die Politik zum Handeln herausgefordert. Sie setzen ein Zeichen, das über Bayern hinaus wirkt. Die Laudatio wurde gehalten von Frau Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin (MdB), Bundesjustizministerin a.D., Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages.

Einnahmen- und Ausgabenrechnung 2009 (vorläufig)

Einnahmen	Euro
Spenden	1.037.128
Mitgliedsbeiträge	1.013.208
Bußgeldzuweisung	34.966
Erstattungen für Raumkosten	5.966
Zuschüsse	18.836
Zuschüsse EFF-Projekt	87.958
Zinserträge	44.855
Erstattungen Gehaltsfortzahlungen	19.628
Erlöse Informationsmaterial	29.713
Entnahme aus Rücklagen	31.028
■ Einnahmen gesamt	2.323.286

Ausgaben	Euro
Personalkosten	596.038
Soziale Aufwendungen	170.213
Abschreibungen	6.588
● Inhaltliche Arbeit	
Öffentlichkeitsarbeit	499.573
Unterstützung Flüchtlingsräte	258.659
Projekte, Veranstaltungen	80.339
Verfahrenshilfe	134.134
Reisekosten	15.054
Internetkosten	19.259
Zuschuss zur AG PRO ASYL	11.000
Zuschuss für Projekte STIFTUNG PRO ASYL	83.000
Save me	45.276
EU-Projekt (Europäischer Flüchtlings Fond)	185.025
– davon Gehälter und gesetzl. Sozialaufwand	167.714,64
Eigene europäische Projekte	32.493

Ausgaben	Euro
● Kosten der Geschäftsstelle	
Raummieten	94.039
Porto	7.721
Telefon, Fax	7.249
Büromaterial	8.730
Wartungs-, Miet- und Reparaturkosten	15.055
Fachliteratur	4.119
rechtl. und steuerl. Beratungskosten	4.952
Buchführungskosten, Gehaltsabrechnung	5.253
Abschlussprüfung	5.891
Sonst. Kosten	5.143
● Zweckbetrieb Informationsmaterial	28.483
(Herstellungs- und Versandkosten)	
■ Ausgaben gesamt	2.323.286

Mitgliederentwicklung

Die Mitgliederentwicklung von PRO ASYL hatte in diesem Berichtsjahr einen leichten Anstieg. Am 1. Januar 2010 waren 14.240 Personen Mitglieder des Fördervereins. Im Jahr 2009 sind 629 Personen eingetreten, 213 sind ausgetreten, 44 sind verstorben. 70 Menschen waren unbekannt verzogen oder entrichteten seit geraumer Zeit keine Beiträge und mussten deshalb aus der Mitgliederliste gestrichen werden. Fast alle ausgetretenen Mitglieder betonen, dass sie aus finanziellen Gründen die ihnen wichtige Arbeit von PRO ASYL nicht mehr weiter fördern können.

Die Mitgliederzahlen haben sich wie folgt entwickelt:

1. Januar 2001	11.040 Mitglieder
1. Januar 2002	12.207 Mitglieder
1. Januar 2003	12.536 Mitglieder
1. Januar 2004	12.764 Mitglieder
1. Januar 2005	12.882 Mitglieder

1. Januar 2006	13.213 Mitglieder
1. Januar 2007	13.653 Mitglieder
1. Januar 2008	13.965 Mitglieder
1. Januar 2009	13.803 Mitglieder
1. Januar 2010	14.240 Mitglieder

Die kontinuierliche Unterstützung der Fördermitglieder ist äußerst wichtig. Sie ist die stabile Grundlage unserer Arbeit. Dafür danken wir allen Fördermitgliedern sehr herzlich. Dank dieser Hilfe können wir uns auch in Zukunft wirksam für die Rechte von Flüchtlingen und Schutzsuchenden engagieren.

Förderverein PRO ASYL e.V.

Postfach 16 06 24

60069 Frankfurt / M.

Telefon: 069 / 23 06 88

Fax: 069 / 23 06 50

Internet: www.proasyl.de

E-Mail: proasyl@proasyl.de

Spendenkonto-Nr. 8047300

Bank für Sozialwirtschaft Köln

BLZ 370 205 00

PRO ASYL

Förderverein PRO ASYL e.V.

Jürgen Micksch *Andreas Lipsch*

Dr. Jürgen Micksch
Vorsitzender

Andreas Lipsch
Schatzmeister

Sigrid Ebritsch *Hubert Heinhold*

Sigrid Ebritsch
Beisitzerin

Hubert Heinhold
Beisitzer